

## Antworten der UWG JÜL auf die Wahlprüfsteine zum Themenkomplex „Gleichstellung“

Vorbemerkung der UWG-JÜL: Grundsätzlich adressieren die Themen Gleichberechtigung und Gleichstellung alle Geschlechter. Um etwaigen Handlungsbedarf abzuleiten, ist eine faktenbasierte Ist-Analyse notwendig. Dass unterschiedliche Lebensmodelle gewählt werden ist zu respektieren. Als Teil der Stadtverwaltung hat sich die Gleichstellungsstelle politisch neutral zu verhalten.

### Öffentlicher Raum / Stadtentwicklung

- Wie stellen Sie sicher, dass die spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und Frauen bei der Bauleitplanung und Stadtentwicklung berücksichtigt werden (z.B. kurze Wege, dezentrale Infrastruktur, Barrierefreiheit / Behindertengerechtigkeit, Reduzierung von Angsträumen)?

Die polizeiliche Kriminalstatistik verzeichnet für ganz Deutschland im Jahr 2018 etwas mehr als 611.000 männliche und etwas mehr als 414.000 weibliche Opfer. Studien weisen darauf hin, dass ein Großteil der körperlichen Gewalt gegen erwachsene Männer in der Öffentlichkeit stattfindet. Etwa jeder Zehnte gibt an, dass ihm zumindest einmal innerhalb der letzten fünf Jahren ernsthaft angedroht wurde, ihn körperlich anzugreifen oder zu verletzen (Personale Gewaltwiderfahrnisse von Männern in Deutschland – Ergebnisse der Pilotstudie, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2004, <https://www.bmfsfj.de/blob/84664/d5410d1a3bcf2a015cc800331beed6d1/maennerstudie-kurzfassung-gewalt-data.pdf>).

Dem gegenüber steht das subjektive Sicherheitsgefühl. Die UWG- JÜL tritt für eine bürgerfreundliche Stadtplanung, Beseitigung von Angsträumen z.B. durch Beleuchtung und barrierefreie Stadtplanung für körperlich eingeschränkte Personen ein. Damit wird dem subjektiven Sicherheitsgefühl, der objektiven Sicherheit und der praktischen Teilhabe Rechnung getragen.

- Was halten Sie von verbindlichen Vorgaben für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen, damit auch die Verdienste von Frauen sichtbar gewürdigt werden?

Die UWG JÜL tritt für Straßenbezeichnungen ein, die Bezug zu Personen, zur Stadt, den Dörfern und z. B. zu Flurnamen haben. Straßennamen, die eine Beliebigkeit ausstrahlen sind zu vermeiden. Eine Umbenennung von Straßennamen zu reinen Proporzweck wird aus Akzeptanz- und Kostengründen abgelehnt. Lieb gewonnene Straßennamen sollten nicht den Anliegern entrissen werden.

## Kinderbetreuung / Bildung

- Wie wollen Sie die Versorgung mit kostengünstigen Ferien- und Förderangeboten für Schulkinder weiter ausbauen?

Die UWG-JÜL tritt vehement für die weichen Standortfaktoren ein. Unbestritten ist das Engagement der Stadtbücherei und der Musikschule sowie zahlreichen Vereinen und Netzwerken. Wir loten aus, wie weit die Stadt Aktivitäten subventionieren kann und eigene Angebote anbieten kann. Kinderhorte und -gärten sollten die Ferienzeit zumindest mit einem eingeschränkten Dienst durchgängig geöffnet sein.

- Wie wollen Sie die Förderung von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund verstärken?

Maßnahmen zur Integration sollten nach Meinung der UWG-JÜL differenziert betrachtet werden. Während z. B. Migrantinnen oft schlecht z. B. durch mangelnde Sprachkenntnisse gesellschaftlich integriert sind, sind Migrantinnen und männliche Migrantinnen die größten Bildungsverlierer in Deutschland. Bei den Migrantinnen erreichen zwei Drittel keinen Schulabschluss über Hauptschulniveau.

Sozialarbeiter sollten frühzeitig eine Lotsenfunktion einnehmen, um sach- und bedarfsgerecht Migrantinnen und Migrantinnen zu fördern und zu fordern, die schulische Förderung ist zu intensivieren.

## Wohnen

- Wie wollen Sie die Anstrengungen für mehr finanzierbaren Wohnraum verstärken, der insb. von Alleinerziehenden, Allein- und Geringverdienenden sowie Frauen mit kleiner Rente oder geringem Einkommen gebraucht wird?
- Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um die Verteilung von Wohnraum bedarfsgerechter zu gestalten und innovative Wohnraumprojekte zu fördern?

Bei dem Verkauf von städtischem Eigentum oder Grund treten wir für eine Quote an sozialem Wohnungsbau ein. Für die Stadtentwicklung ist auf eine ausgewogene Bewohnerstruktur zu achten.

## Gewalt

- Wie wollen Sie sicherstellen, dass es dauerhaft ausreichend Beratungs- und Hilfsangebote für von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen gibt?

Wir treten für den Erhalt bestehender Beratungsangebote ein. Obwohl laut Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fast jedes fünfte Opfer, nach anderen Studien mehr, häuslicher Gewalt Männer sind, existiert weder in Jülich noch im Kreis Düren kein Beratungs- oder Unterstützungsangebot für diese Gruppe. Wir wollen, dass alle, unabhängig vom Geschlecht, Zugang zu Hilfeangeboten und Netzwerken haben.

- Plant Ihre Partei Maßnahmen zur Bekämpfung von Sexismus, sexualisierter Gewalt und gruppenbezogener Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und Sexualität?

Nein.

- Sieht Ihre Partei auch einen Bedarf für qualifizierte Männerberatungsangebote?

Ja, siehe oben.

- Welchen Beitrag leistet Ihre Partei, damit es ausreichend medizinische Behandlungsmöglichkeiten und Beratungsangebote bei Schwangerschaftskonflikten gibt?

Derzeit ist im Kreis Düren ein Schwangerschaftsabbruch nicht möglich. Seit der Übertragung des Jülicher Krankenhauses an einen privaten kirchlichen Träger mit der erfolgten Schließung der Gynäkologie gibt es leider keinen Gestaltungsspielraum der Stadt mehr. Umso wichtiger ist der Zugang zu Informationen. Der § 219a ist hier kontraproduktiv. Ärzte und Ärztinnen, die Abbrüche durchführen, sind vor Anfeindungen von religiösen Fundamentalisten zu schützen.

## Repräsentanz von Frauen

- Was tun Sie, damit Frauen und Männer gleichberechtigt Zugang zu Kandidaturen bei der Kommunalwahl haben?

Mit Veronika Schmitz ist die Vorsitzende der UWG-JÜL eine Frau. Die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten erfolgt demokratisch. Die Mitgliedschaft ist bei der UWG-JÜL kostenfrei. Wir freuen uns jederzeit auf weibliche Verstärkung.

- Wie stellen Sie sicher, dass die Partizipation der verschiedenen Bevölkerungsgruppen (u.a. Alter, Herkunft) ermöglicht wird?

Die UWL-JÜL ist ein offener Verein für Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht und sexueller Orientierung.

- Gibt es Konzepte Ihrer Partei, um den Frauenanteil im Rat zu erhöhen? Wenn ja, was planen Sie konkret?

Der Anteil von Frauen im Stadtrat spiegelt sich in etwa in der Mitgliederstruktur der Partien bzw. in den Wählergemeinschaften wider. Für Männer und Frauen bestehen gleichen Chancen.

- Was unternehmen Sie, damit bei Auszeichnungen (z.B. Preise, Orden, Denkmäler) herausragende Frauen angemessen berücksichtigt werden?

Preise und Auszeichnungen werden für besonderes Engagement verliehen. Es ist für die UWG-JÜL selbstverständlich, dass dies ohne Bevorzugung oder Benachteiligung in Abhängigkeit vom Geschlecht geschieht – auch im Vorfeld z. B. im Rahmen einer Auswahlliste.

- Befürworten Sie die Einführung einer Quote für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen von Jülicher Beteiligungsgesellschaften? Wenn ja, wie werden Sie sich dafür einsetzen?

Das Geschlecht wird nicht als zielführendes Kriterium für ein Aufsichtsrats- oder Vorstandsmandat angesehen. Allein die fachliche Eignung sollte bei der Besetzung im Vordergrund stehen.

- Welche Möglichkeiten sehen Sie, Vorgaben des Landesgleichstellungsgesetzes in die Satzungen der städtischen Tochterunternehmen und Beteiligungsgesellschaften aufzunehmen, wie in § 2 Abs. 2 LGG NRW geboten?

Hierüber haben wir uns noch kein abschließendes Meinungsbild bilden können.

## Übergreifendes

- Was versteht Ihre Partei unter einer geschlechtergerechten Mittelverwendung im städtischen Haushalt? Was planen Sie, wie eine solche Mittelverwendung umgesetzt werden soll (z.B. Gender Budgeting)?

Laut Bundesfamilienministerium ist unter Gender Budgeting die „geschlechtsdifferenzierte Analyse der öffentlichen Haushalte“ zu verstehen. Unter anderem soll die Verteilung der Ausgaben und Einnahmen öffentlicher Kassen auf die Geschlechter erfasst werden. Dies ist eine an sich schon fragwürdige Herangehensweise, zielt die Sozialstaatsidee doch darauf ab, im Rahmen der Sozialgemeinschaft die Bedürftigen, nicht aber ein bestimmtes Geschlecht zu unterstützen.

Auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen antwortete die Bundesregierung 2012 unter anderem, dass „Gender Budgeting“ im Rahmen des Bundeshaushalts kein geeignetes Instrument ist, um die Gleichberechtigung der Geschlechter durchzusetzen. Vor diesem Hintergrund wurde dieser Ansatz in der laufenden Legislaturperiode nicht weiterverfolgt. Dieses komplexe Instrument soll aus Sicht der UWG-JÜL nicht zum Einsatz kommen. Eine ca. 10 Jahre alte Schweizer Studie zeigte übrigens einen jährlichen Transfer in Höhe von 18,25 Milliarden Franken (ca. 12 Mrd. Euro) von den Männern zu den Frauen auf.

- Welche Bedeutung messen Sie dem Ziel Nr. 5 (Gender Equality) der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) für die Stadt Jülich bei?

Hierüber haben wir uns noch kein abschließendes Meinungsbild bilden können.

- Welche Möglichkeiten sehen Sie, kommunalen MandatsträgerInnen mit Familienverpflichtungen die Teilnahme an Sitzungen zu ermöglichen?

Bei der Vielzahl der existierenden „Lebens-, Arbeits- und Familienmodellen“ ist eine pauschale, für alle passende Lösung nicht möglich. Eine Verlegung der Sitzungen z. B. in den Morgenbereich würde eventuell von einigen Betroffenen als Lösung angesehen, würde aber für die Mehrheit der berufstätigen MandatsträgerInnen zu neuen, eventuell größeren Problemen führen.

- Wie wollen Sie sicherstellen, dass Bürgerinnen und Bürger mit Familienverpflichtungen städtische Dialog-Veranstaltungen und Beteiligungsangebote auch wahrnehmen können (Kinderbetreuung, attraktive Online-Formate, ...)?

Die UWG-JÜL hält den Ausbau bzw. die Einführung von (weiteren) attraktiven Online-Formaten zur Information und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger für zielführend.

- Wie stehen Sie zur Erweiterung eines bestehenden Ratsausschusses um das Thema Gleichstellung?

Generell stehen wir dem nicht ablehnend gegenüber.